



Im Jahr 1920 wurde in Treubach das Kriegerdenkmal errichtet

befindlichen Brennholzvorräte des Herrn Wiesner in Altheim bei der Bezirkshauptmannschaft anzuregen. Dies sollte wohl ohne Erfolg bleiben, denn am 7. März 1917 erfolgte schließlich der Beschluss, die zur Versorgung der Flüchtlinge und der privaten Haushalte erforderlichen 288 m³ Brennholz, nach einem vom Gemeindevorsteher vorgelegten Plan, bei 30 Waldbesitzern bereitstellen zu lassen.

Am 12. August 1917 nahm die Gemeinde eine Erhebung der benötigten Druschkohle vor. Nach dem Verteilungsplan erhielt jeder Landwirt pro Druschtag 500 kg Kohle zugeteilt.

Erste Republik 1918 bis 1934

Nach einem Erlass der OÖ. Landesregierung wurde die Gemeinde aufgefordert,

eine Bürgerwehr zu gründen. In der Sitzung vom 15. November 1918 stimmte man nur knapp mit 5 : 4 Stimmen für die Gründung einer solchen Wehr. Dafür sollten freiwillige Mitglieder geworben werden.

Am 15. November 1919 wurde dem Johann Aigner, Georg Pieringer und Johann Bauer das ihnen im Jahr 1916 entlehene Geld zum Ankauf der Kriegsanleihen zurückbezahlt.

Zur Aufbringung des Brennholzes für den Winter 1919/20 beschloss man schon am 5. Juni 1919, nachfolgende Waldbesitzer zu beauftragen, folgende Holz mengen für Schule, Post und Pfarrhof zu liefern: Franz Gadringer in Hub 4 Meter Scheiter, Johann Aigner in Hub 4 Meter und Josef Ginzinger in Rödham 2 Meter. Über Antrag des Bürgermeisters

Leopold Dachs wurde am 30. Jänner 1920 einstimmig beschlossen, „an das hiesige Pfarramt das Ersuchen zu stellen, dass die aufgehobenen sieben Festtage in der hiesigen Pfarrkirche wie früher wieder gefeiert werden und der Gottesdienst um 1/2 9 Uhr vormittags abgehalten wird.“

Am 7. März 1920 wurde beschlossen, den Gemeindefesttag vom hiesigen Gemeindehaus in das Haus des Gemeindefesttaggebers Georg Grünsteiner d. J. zu verlegen. Die Kosten für den Umbau des diesbezüglichen Zimmers übernahm die Gemeinde und Georg Grünsteiner erhielt eine jährliche Entschädigung von 10 Kronen.

Im Jahr 1920 erhielt Treubach Anschluss an das Telefonnetz. Es wurde eine Telegraphen- und Fernsprechstelle beim Postamt eingerichtet. Die Post- und Telegraphenverwaltung in Linz stellte jedoch hohe Forderungen. So musste ein 30%iger Baubeitrag von 9540 Kronen geleistet werden. Davon hatte die Gemeinde bereits 2110 Kronen bezahlt. Nun verlangte die Verwaltung auch noch die Vorauszahlung der gesamten Baukosten von 31.800 Kronen sowie eine Bürgschaft für eine jährliche Mindesteinnahme von 2500 Kronen für die ersten zehn Jahre. In der Sitzung vom 19. März 1920 wurden diese Forderungen abgelehnt. Es hatten sich nämlich bereits mehrere private Grund- und Hausbesitzer dazu bereit erklärt, diese Verpflichtungen zu übernehmen und einen diesbezüg-

lichen Vertrag am 20. März 1920 zu unterzeichnen.

In dieser Zeit kam es zu einem Mangel an Münzgeld. Wie in den meisten Gemeinden wurde auch in Treubach am 23. Mai 1920 die Einführung von Notgeldscheinen beschlossen. Diese wurden bis 15. Juli 1920 mit einem Höchstwert von 30.000 Kronen ausgegeben. Die Ausführung der Scheine sollte im Dreifachdruck in einer Größe von 65 x 45 mm erfolgen. Die Stückelung erfolgte in 10-, 20- und 50-Heller-Scheinen. Die Umlaufdauer war bis 31. November 1920 vorgesehen. Vom 1. bis 15. Dezember 1920 sollten die Scheine am Gemeindeamt wieder in gesetzliche Zahlungsmittel umgetauscht werden. Am 7. November 1920 wurde eine Verlängerung der Umtauschzeit bis 1. Mai 1921 beschlossen.

Am 21. August 1920 stellte der Kriegerdenkmal-Verein das Ansuchen, das Denkmal auf Gemeindegrund, dem sogenannten Schulhausgarten, errichten zu dürfen. Diesem wurde mit 8 : 3 Stimmen stattgegeben. Weiters kam es zur Übertragung des Denkmals in Gemeindebesitz.

Johann Gerner in Wittigau Nr. 1 suchte um die Errichtung einer „Waag-Anstalt“ an. Diese wurde ihm am 28. November 1920 zugestanden. Gleichzeitig trat die Gemeinde das Vorrecht zur Errichtung einer solchen „Anstalt“ an Johann Gerner ab.

Am 5. März 1922 erfolgte der Beschluss zur Ausbesserung der Grenzbrücke zwischen Treubach und Roßbach. Ferner



Das Notgeld der Gemeinde Treubach

sollte auch die Matt-Brücke ausgebessert werden.

Über Antrag des Bürgermeisters wurde am 23. April 1922 mit 5 : 4 Stimmen der Ankauf einer neuen Kirchturmuhre beschlossen. Die Kosten betragen 800.000 Kronen zuzüglich 10.000 Kronen Steuern. Zur Finanzierung erfolgte die Einhebung einer 8000%igen Umlage auf die direkten Steuern. Damals hatte schon die rasende Inflation eingesetzt. So wurde schließlich dem Gemeindegeschäftsführer Josef Berrer am 27. August 1922 zugestanden, als Gehalt für die Zeit von 1. August 1922 bis 31. Juli 1923 600 kg Weizen zu geben. Am 18. September 1922 erfolgte die Anmeldung des Gemeindegeschäftsführers bei der Pensionsversicherungs-Anstalt in Salzburg.

Die Bezirkshauptmannschaft Braunau trat wegen einer Beschädigung der Dambachbrücke an die Gemeinde heran. In der Sitzung vom 18. September 1922 stellte man dazu fest, dass diese Brücke von den Interessenten in Radlham und Lindlau selbst wieder herzustellen sei, nachdem sie sich an einer Gemeindestraße II. Kategorie befinde und hier die Gemeinde nicht verpflichtet sei, die Brücke reparieren zu lassen. In der Sitzung vom 19. Oktober 1922 wurde dieser Beschluss jedoch wieder aufgehoben. Man stellte es nun den Parteien frei, ob sie die Brücke wieder herstellen oder lieber die „alte Fahrt durch den Bach benützen“.

Die Gemeinde Moosbach stellte im Jahr 1922 über die Bezirkshauptmannschaft Braunau das Ansuchen, dass die Ort-

schaft Lindlau und die Häuser Wimholz Nr. 2 und Nr. 3 von der Gemeinde Treubach abgetrennt und der Gemeinde Moosbach eingemeindet werden sollten. Der Gemeindevorstand Treubach lehnte dieses Vorhaben am 19. Oktober 1922 einstimmig ab, „nachdem sich die Bewohner der genannten Ortschaften gegen eine Ausgemeindung erklärt haben und auch der Entfernungsunterschied kein nennenswerter ist“.

Im Jahr 1923 wollte der Gemeindevorstand Georg Grünsteiner den seit 1920 in seinem Haus untergebrachten Gemeindevorstand wieder los werden. Stattdessen wollte er das Zimmer vermieten. Nachdem er einer gemeindevorständlichen Aufforderung den Arrest zu belassen nicht nachkam, beschloss man am 8. Dezember 1923, diese Angelegenheit zur Entscheidung an die Bezirkshauptmannschaft weiter zu leiten.

Am 8. Dezember 1923 kam es zu einer sogenannten „Abschaffung“ zweier Bewohner. Einstimmig wurde beschlossen, dass ein Hilfsarbeiter und dessen Gattin nach dem § 9 der OÖ. Gemeindeordnung für immer aus dem Gemeindegebiet Treubach ausgewiesen werden. Diese waren wiederholt wegen Diebstahls zu schweren Kerkerstrafen verurteilt worden.

In der Sitzung vom 21. Dezember 1924 wurde die Einführung der Hundesteuer beschlossen. Für das Jahr 1925 erfolgte die Festlegung der Tarife mit 20.000 Kronen für einen Rüden und 40.000 Kronen für eine Hündin.

Am 12. Dezember 1925 erfolgte über Antrag des Georg Bruckbauer der Beschluss, „sämtliche schadhaften und zum Teil aus Holz hergestellten Brücken und Straßendurchläufe des 2,8 km langen Straßenzuges der Gemeindestraße I. Kategorie von der Roßbacher bis zur Moosbacher Grenze mit Beton neu herzustellen und die Straße mit gutem Schottermaterial ausgiebig zu beschottern.“

Beim „Feuerspritzen-Fahren“ zu einem Brand nach Gaugsham wurde ein Pferd verletzt. So beschloss man am 17. Februar 1926 dem Besitzer, Gastwirt Franz Dachs, eine Entschädigung von 300 Schilling für das „beschädigte“ Pferd zu zahlen.



Der heute nicht mehr bestehende Windbrunnen beim Schachanedergut in Weidenpoint

Am 5. Dezember 1926 fällte man den Beschluss, die Gemeindestraße I. Kategorie von der Roßbacher bis zur Moosbacher Grenze zu einer Bezirksstraße auszubauen.

Die Gemeinde-Arme Agnes Holzschuh hatte bei Josef Pointner, Krämer in Thannstraß, Lebensmittel eingekauft ohne diese zu bezahlen. So stellte der Krämer in der Sitzung vom 15. Februar 1927 den Antrag, dass die Gemeinde den Betrag von 54 Schilling und 75 Groschen übernehmen solle. Es folgte der Beschluss, den offenen Betrag zu bezahlen, dem Krämer wurde jedoch mitgeteilt, dass in Hinkunft diesem nicht mehr an Agnes Holzschuh ausgefolgte Lebensmittel von der Gemeinde bezahlt werden.

Für Personen, denen durch einen Brand ihr Hab und Gut verloren ging, gab es die Möglichkeit des „Brandsammelns“. In der Sitzung vom 8. Juni 1927 beschloss die Gemeinde Treubach, nur mehr jenen Brandopfern eine Sammelbewilligung zu erteilen, die (neben Treubach) aus den Gemeinden Roßbach, Moosbach, Höhnhart, St. Laurenz, Weng, Maria Schmolln und Helpfau-Uttendorf stammten.

Am 6. Oktober 1928 befasste man sich mit den von der Bezirkshauptmannschaft empfohlenen landwirtschaftlichen Fortbildungskursen. Man einigte sich darauf, diese Kurse nicht einzurichten, „weil da kein Interesse vorhanden ist“.

In der Sitzung vom 14. Mai 1929 wurde die Schotteraufteilung auf die einzelnen

Straßen beschlossen. Nämlich für die Straße Roßbach–Moosbach 220 m³ geworfener Schotter. Straße von der Maschinbrücke nach Teiseneck 80 m³ und für die Altheimer Straße vom Gemeindehaus Treubach bis zur Moosbacher Grenze 100 m³. Die Bezahlung erfolgte für Johann Gerner in Wittigau pro m³ geworfenen Schotter 1 Schilling, für Mathias Damberger in Lindlau und Mathias Priewasser in Pfendhub pro m³ ungeworfenen Schotter 50 Groschen. Für Johann Ranftl in Schalchen 100 Schilling für den 1929 gelieferten Schotter.

Am 25. Mai 1929 stellte der Gemeindeausschuss auf Antrag des Bürgermeisters Johann Deiser an die OÖ. Kraftwagen AG das Ersuchen, „den Autoverkehr auf der Strecke Aspach – Mauerkirchen über Treubach ehest einzuführen. Die Gemeinde verpflichtet sich, die befahrene Straßenstrecke in einen gut fahrbaren Zustand herzurichten“. Der Antrag wurde mit 8 : 3 Stimmen angenommen. Der Busverkehr wurde übrigens am 23. August 1929 eröffnet.

Am 4. Juli 1929 verwüstete ein Orkan weite Teile des Bezirkes. In Aspach stürzte sogar der Zwiebelturm ein. Auch in Treubach kam es zu schweren Zerstörungen. In der Sitzung vom 16. Jänner 1930 erfolgte die Verteilung einer Sturm-schadens-Spende der Gemeinde St. Laurenz. Die 200 Schilling wurden an die vier schwerst geschädigten Besitzer, Georg Bruckbauer in Schalchen Nr. 14, Johann Leimhofer in Schalchen Nr. 10, Georg Schickbauer in Teiseneck Nr. 1



Sturmschäden beim Zacherlgut in Schalchen 1929

und Josef Weinberger in Hub Nr. 4 zu gleichen Teilen ausbezahlt.

Auf Antrag des Bürgermeisters wurde am 4. Februar 1930 beschlossen, den Straßenzug der Gemeindestraße I. Kategorie von der Roßbacher Grenze bis zur Mündung der Gemeindestraße II. Kategorie von Ascherdorf nach Treubach auszubauen und zwei neue Betonbrücken zu errichten, nachdem der Kostenvorschlag von 8000 Schilling vom Land mit 50 % subventioniert wurde.

Nachdem ein Gemeindeausschuss-Mitglied vom Kreisgericht Ried wegen schwerer Körperverletzung zu vier Monaten schwerem Kerker verurteilt worden war, bestand die Möglichkeit, diesem das Gemeinde-Mandat abzuerken-

nen. In geheimer Wahl entschied am 13. August 1930 der Gemeindeausschuss mit 5 : 3 Stimmen, dem Verurteilten das Gemeindeausschuss-Mandat nicht abzuerkennen.

Am 11. Juli 1931 wurde beschlossen, die Gemeinde-Kanzlei im neu zu errichtenden Haus des Gemeindegemeindefunktionärs Josef Berrer einzuquartieren. Die Gemeinde Treubach beschloss dafür einen Beitrag von monatlich 10 Schilling für Beleuchtung und Reinigung. Weiters wurden zur Beheizung fünf Raummeter Scheiter beigelegt.

In der Sitzung vom 11. Dezember 1931 berichtete Josef Wimmer, dass die Maschin-Brücke schadhaf sei. So wurde beschlossen, die aus Holz bestehende Brü-



Ortseinfahrt Treubach im Jahr 1934

cke entsprechend in Stand zu setzen und an die Gemeinde Moosbach heranzutreten, weil diese die Hälfte der Kosten zu übernehmen hatte.

Am 27. Mai 1933 wurde die Anschaffung eines neuen Zeigerwerkes für die Kirchturm-Uhr besprochen. Man einigte sich darauf, das Eigentumsrecht der Uhr an die Pfarrgemeinde Treubach zu übertragen. Der Pfarrer sollte eine Sammlung zur Reparatur der Uhr vornehmen.

Ständestaat 1934 bis 1938

Mit der Machtübernahme der Christlich-Sozialen Partei und der Bildung des Ständestaates wurden die Gemeindevertretungen aufgelöst. Am 14. Dezember 1934 erfolgten in Treubach die konsti-



Das Kaufgeschäft im Haus Untertreubach Nr. 2 verfügte auch über eine Tabak-Trafik

tuierende Sitzung des Gemeindetages und die Wahl des Bürgermeisters. Die acht Mitglieder des Gemeindetages wurden nicht von der Bevölkerung gewählt, sondern von der Landeshauptmannschaft ernannt. Diesem gehörte übrigens auch Pfarrer Karl Huemer an. Mit 7 : 1 Stimmen wählte der Gemeindetag den Bauern Franz Dachs, Weidenpoint Nr. 9, zum Bürgermeister.

In der Sitzung vom 21. Februar 1935 befasste sich der Gemeindetag mit einer geplanten Eingabe an das Bezirksgericht Mauerkirchen. Dieser zufolge sollte ein Treubacher beschränkt entmündigt werden. Der Antrag wird damit begründet, dass der Betreffende, „trotz seiner Jugend (von 24 Jahren) schon 14 Vorstrafen wegen Betrug, Diebstahl und Landstrei-

cherei hat, ein arbeitsscheues Individuum ist und die Absicht hat zu heiraten, sich eine große Kinderzahl anzuschaffen und auf diese Art seiner Heimatgemeinde großen Schaden zufügen will“. Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.

Auf Ansuchen des Gemeindetag-Mitgliedes Pfarrer Karl Huemer beschloss die Gemeinde am 5. April 1935 an die Finanzlandes-Direktion das Ersuchen zu stellen, „die derzeit auf dem Haus Nr. 2 in Untertreubach befindliche Tabak-Trafik dort zu belassen und der Pächterin Anna Burgstaller zuzuweisen, da ein Lokalbedarf vorhanden ist. Nachdem es im Ort auch keine Stempelverschleißstelle gibt, wolle der Obgenannten auch der Stempelverschleiß bewilligt werden“.

Am 6. November 1936 wurde aufgrund eines 1934 erlassenen Landesgesetzes die Kürzung des Gehaltes des Gemeindegeldbesetzers beraten. In geheimer Abstimmung beschloss der Gemeindegeldbesetz mit 5 : 3 Stimmen die Kürzung des Gehaltes um 10%.

Einen Einblick in die soziale Situation vieler Minderbemittelten in dieser Zeit gibt ein Beschluss vom 24. April 1937. Theresia Pöll hatte um eine monatliche Unterstützung von 10 Schilling ange-sucht. Der Gemeindegeldbesetz bewilligte eine Unterstützung von 7 Schilling. Weiter heißt es: „Sie hatte bisher durch Gelegenheitsarbeit und Sammeln (Betteln) von Lebensmitteln im hiesigen Gemeindegeldbesetzgebiet das Auslangen. Mit einer Zuweisung von 7 Schilling kann sie daher um so leichter ihren Lebensunterhalt bestreiten.“

Am 11. Juli 1937 beschloss man den Johann Deiser, Besitzer des Ortbauerngutes in Ascherdorf, zu beauftragen, dass die Interessentenbrücke in Ascherdorf (Ortbauernbrücke) von ihm auf eigene Kosten binnen 14 Tagen in befahrbaren Stand zu bringen sei. Diese Brücke wurde schon seit Jahren von den jeweiligen Besitzern des Ortbauerngutes instandgehalten. Der Zustand der Brücke dürfte jedoch schon sehr schlecht gewesen sein. Denn am 24. Februar 1938 wurde der Beschluss gefasst, die Ortbauernbrücke auf Gemeindegeldbesetzkosten vollkommen neu aus Holz errichten zu lassen.

In der Sitzung vom 25. Jänner 1938 wurde einstimmig beschlossen, zum An-

kauf einer neuen Kirchenorgel für das Jahr 1938 eine Pfarrumlage von 10 % auf die Grund-, Gebäude-, allgemeine Erwerbs- sowie die Körperschaftssteuer einzuheben.

NS-Regime 1938 – 1945

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten wurde der Gemeindegeldbesetz aufgelöst. Am 15. April 1938 kam es zu einer Beiratssitzung, an der der von der NSDAP eingesetzte kommissarische Bürgermeister Martin Aigner und Johann Deiser teilnahmen. In dieser Sitzung wurde beschlossen, den in der Sitzung des Gemeindegeldbesetz vom 25. Jänner 1938 gefassten Beschluss, bezüglich der Einhebung einer Pfarrumlage, wieder aufzuheben.

Am 28. Dezember 1938 erfolgte die Konstituierung des Gemeinderates. Dieser bestand aus sieben Mitgliedern, die nicht vom Volk gewählt, sondern von der NSDAP bestimmt waren. Martin Aigner, der bisher das Bürgermeisteramt kommissarisch inne hatte, wurde bei dieser Sitzung offiziell ernannt. Auch die Höhe der Bürgermeister-Aufwandsentschädigung legte man fest. Erstmals erfolgte diese nach der Anzahl der Gemeindegeldbesetzer. Die Gemeinde hatte nunmehr auch die Aufgaben des Standesamtes zu übernehmen. Aus diesem Grund wurde der Ankauf eines eigenen Aktenkastens beschlossen.

Am 4. März 1939 wurden für die Schaffung einer Volksbücherei 150 Reichsmark zur Verfügung gestellt.

In der Sitzung vom 17. September 1940 gab es folgende Mitteilungen: „Es kommen 10 kriegsgefangene Franzosen, welche im Dachs-Keller untergebracht werden. Anlässlich einer Tagung der Agrarbezirksbehörde Gmunden wurde die Dringlichkeit der Zusammenlegung von Grundstücken anerkannt und ist die Gemeinde Treubach an dringlicher Stelle in Aussicht genommen. Anlässlich einer Tagung in Mauerkirchen wurde die Planung von Güterwegen besprochen. Die Gemeinde beabsichtigt den Bau eines solchen von Untertreibach – Wittigau – Hub – Pfendhub.“

Am 20. Jänner 1941 gab es zwei Beschlüsse, die eindeutig als antiklerikal einzuordnen sind. Zunächst wurde es aus Sanitätsgründen verboten, bei Begräbnissen den Leichnam in die Kirche zu bringen. Die Beerdigung musste sofort nach dem Einlangen des Sarges im Friedhof vorgenommen werden. Weiters wurde in dieser Sitzung dem ehemaligen Pfarrer Ludwig Erkner das 1928 verliehene Ehrenbürgerrecht aberkannt.



Im Haus der Familie Josef und Anna Berrer war einst auch das Postamt untergebracht



Der Winter 1942 war auch in Treubach besonders streng

Aus dem Sitzungsprotokoll vom 24. Februar 1941 kann man Folgendes entnehmen: „Es soll um weitere Kriegsgefangene angesucht werden. Über die Ladensperre wurde der Wunsch geäußert, im Sommer bis 21 Uhr offen zu lassen, damit den Dienstboten die Möglichkeit zum Wareneinkauf gegeben ist. Beim Zöpfkeller ist der Bau eines Luftschuttkellers, der allen zugänglich ist, vorgese-

hen. Die Kosten werden vom Staat übernommen.“

Am 2. Mai 1941 wurde unter anderem besprochen, dass der Bau eines Güterweges von Höhnhart – Putting – Pfendhub – Lindlau – Moosbach – Mauerkirchen mit einer Reichshilfe von 70 % der Kosten beschlossen worden ist. Weiters heißt es: „Der Weg von Weng – Matt – Untertreibach befindet sich in einem

sehr schlechten Zustand. Franz Dachs, welcher der Hauptnutznießer dieser Wegstrecke ist, hat sich bereit erklärt, den Schotter mit seinem Auto gratis herzuführen, wenn der nötige Treibstoff hergebracht wird. Der Bürgermeister hat ein Fass Rohöl zu diesem Zweck bewilligt erhalten. Es werden weitere Kriegsgefangene in Aussicht gestellt und wird die Unterbringung im Lager Lindlau Nr. 3 geschehen. Die Aufteilung haben der Bürgermeister und der Ortsbauernführer vorzunehmen.“



Das Lastkraftfahrzeug des Gastwirtes Franz Dachs um das Jahr 1940

In der Sitzung vom 28. Oktober 1941 kam Folgendes zur Besprechung: „Um nach dem Krieg überhaupt in absehbarer Zeit zum Bauen zu kommen, ist bereits jetzt mit der Planung zu beginnen. Für Treubach ist vorderhand die Erstellung eines Gemeindehauses notwendig. Besonders dringend wäre die Wegverbesserung in Obertreibach, Radlham und Wittigau. Es ist zu gewissen Zeiten überhaupt fast nicht möglich, mit einem Auto durchzu-

kommen. Ablieferungspflicht: Der Bürgermeister gibt die einzelnen Ablieferungskontingente bekannt und ersucht im Interesse der Wehrmacht auf die Bauern dahin zu wirken, dass die vorgeschriebene Umlage tatsächlich abgeliefert wird. Es handelt sich um Brotgetreide, Gerste, Hafer, Stroh, Kartoffeln und Holz.”

Am 28. Oktober 1941 wird festgestellt, dass über Antrag des Denkmalamtes, „einzelne altertümliche wertvolle Gegenstände aus der Bründlkapelle in die Kirche geschafft werden, welche treuhändisch diese Gegenstände verwaltet. Für die Kapelle besteht Einsturzgefahr”.

In der Sitzung vom 6. Februar 1942 teilt Bürgermeister Aigner mit, dass er für das Jahr 1941 auf einen Teil seiner Aufwandsentschädigung verzichtet. Anstatt der ihm zustehenden 1349,40 Reichsmark beanspruchte er lediglich 600 Reichsmark.

Die Zweite Republik seit 1945

Aus den weiteren Jahren bis zum Kriegsende und dem Zusammenbruch des NS-Regimes können keine weiteren Angaben gemacht werden, denn bis zum Jahr 1946 existieren im Gemeindecarchiv keine Sitzungsprotokolle mehr. Erst mit der Angelobung des neugewählten Gemeindeausschusses am 20. April 1946 werden die Sitzungsprotokolle fortgeführt. In dieser Sitzung wurden von Bezirkshauptmann Franz Plasser neun Gemeindeaus-



Vözlglut in Hub aus dem Jahr 1942

schuss-Mitglieder angelobt. Diese wählten Johann Wimmer zum neuen Bürgermeister.

Am 18. April 1946 wurde besprochen, dass die Gemeinde den Auftrag bekam, die Schäden, welche durch das Militärlager im Mai 1945 an Fluren und Wiesen entstanden sind, festzustellen. Diese Schäden wurden mit 6130 Schilling beziffert. Desgleichen waren alle Wehrmachts-Pferde zu erfassen und bekanntzugeben, weil diese in das Eigentum der nunmehrigen Inhaber übergingen.

Am 17. Oktober 1946 wurde der ehemalige Pfarrer Ludwig Erkner, dem 1928 die Ehrenbürgerschaft verliehen, 1941 jedoch wieder aberkannt worden war, erneut zum Ehrenbürger ernannt.

Am 10. September 1947 nahm man die Liefervorschreibungen an Getreide, Kartoffeln und Milch zur Kenntnis. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass die vorgeschriebene Menge infolge der schlechten Ernte unmöglich erfüllt werden könnte. Über Antrag der Bezirksbauernkammer musste die Gemeinde außerdem eine Schädlingsbekämpfungsspritze gegen den Kartoffelkäfer zum Preis von 3897,25 Schilling ankaufen.

In der Sitzung vom 22. Oktober 1948 wird darüber informiert, dass die Landesbaudirektion eine eheste Beseitigung des einsturzgefährdeten Teiles des Gemeindehauses an der Straße gefordert hatte. Man beabsichtigte daraufhin, das halbe Haus abzutragen und diesen Teil neu zu



In der Besatzungszeit benötigte man einen Identitätsausweis, der in vier Sprachen ausgestellt war.

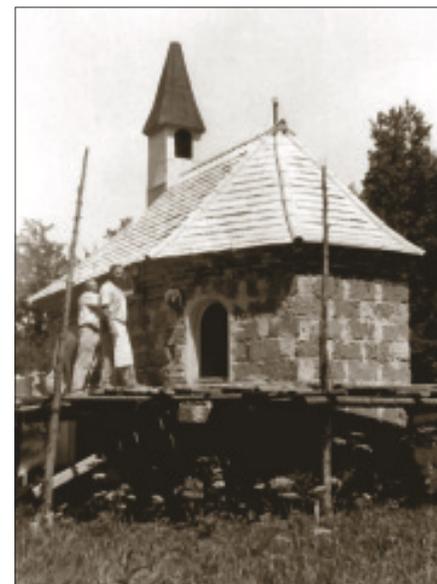
errichten. Dieser Trakt soll „ebenerdig die Kanzlei und Standesamt, Archiv und Postamt enthalten. Der erste Stock und Dachboden sollen zu Wohnungen ausgebaut werden. Baumeister Hütter aus Altheim soll den Plan erstellen. Das Bauholz müsste durch Sammlung zusammenkommen und ein Teil der Arbeit wäre durch Robotleistungen der Ortsbewohner aufzubringen“.

In der NS-Zeit gab es in Treubach auch einen Sportplatz. In der Sitzung vom 17. März 1949 gab der Gastwirt Ludwig Zöpfl bekannt, dass er im Jahr 1939 ca. 5000 m² Grund für einen Sportplatz abgeben musste. „Er wäre nun bereit, der Gemeinde anschließend für die Volksschule einen Platz im Ausmaß von

600 m² zu überlassen und 1000 Schilling zurückzuzahlen, wenn ihm der seinerzeit gehörte Platz, der sich mitten in seinen Feldern befindet, zurückgegeben wird.“ Diesem Tausch wurde einstimmig zugestimmt. In derselben Sitzung teilte Bürgermeister Wimmer mit, dass „mit dem Abbruch des alten Gemeindehauses begonnen wurde und im Zuge dieser Arbeit sich die Notwendigkeit ergeben hat, auch das hintere Stöckl abzureißen“. Weiters wurde der Gemeinde von der Ernährungsabteilung in Braunau die Ablieferung von 322.000 kg Milch vorgeschrieben, gegenüber 218.000 kg im Vorjahr. Der Bürgermeister weiter: „Es konnten im Vorjahr jedoch nur 80 % erfüllt werden, so ist es kaum anzunehmen,

dass die erhöhte Menge aufgebracht werden kann.“

Am 21. Dezember 1950 bezifferte die Gemeinde die Kosten für die in diesem Jahr durchgeführte Kartoffelkäferbekämpfung auf 1893,30 Schilling. 45 Joch wurden besprüht. In dieser Zeit ließ sich in Treubach im Gemeindehaus der Arzt Dr. Zechner nieder. Die Gemeinde Treubach bemühte sich in der Folge um die Errichtung einer Sanitätsgemeinde Roßbach-Traubach. Roßbach verhielt sich jedoch abwartend. Dr. Zechner hatte nämlich keine Zulassung als Kassenarzt. Nachdem jedoch die Krankenkassen Oberösterreichs eine Zulassung Dr. Zechners im März 1951 abgelehnt hatten, verließ dieser im August 1952 die Gemeinde.



Nach dem 2. Weltkrieg bauten dankbare Heimkehrer die Bründlkapelle neu auf

In der Sitzung vom 15. November 1951 wurde beschlossen, die bisherigen Interessentenwege von der Maschinbrücke – Wimholz – Pfendhub (Länge 2,78 km) und von Wittigau – Hub – Pfendhub (Länge 3,52 km) als Gemeindestraßen zu übernehmen.

Am 16. Jänner 1952 teilten die Bewohner der Ortschaften Teiseneck und Lindlau mit, dass sie den Ausbau eines Güterweges planen. Sie ersuchten die Gemeinde, beim Land um eine Beihilfe dazu anzusuchen. „Der Bau der Straße werde durch Hand- und Zugdienste durchgeführt, der Gemeinde sollen daraus keine Kosten erwachsen.“ In derselben Sitzung teilte Bürgermeister Johann Wimmer mit, dass beim Gastwirt Dachs die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen war und er die veterinärpolizeilichen Maßnahmen durchgeführt habe.

Am 7. März 1952 berichtete der Bürgermeister über den Verlauf der Bürgermeistertagung. Hier wurde besonders über den Milchverkauf ab Hof gesprochen. Der Verkauf von Butter an die Butterhändler wurde besonders befürwortet, „weil die Molkerei ja doch nur die Preise drückt“.

Bei einer Überschwemmung am 18. Juli 1953 wurde die Schalchner Brücke weggerissen. In der Sitzung vom 24. August 1953 erfolgte der Beschluss, den Interessenten, welche die Brücke wieder aufbauten, den von ihnen geleisteten Robot als Beitrag anzurechnen.

Für den Straßenbau in Lindlau wurden im Jahr 1953 rund 73.000 Schilling ausgegeben. Davon entfielen 62.000 Schilling auf Robot-Leistungen. Diese Mitteilung machte der Bürgermeister bei der Sitzung vom 21. Dezember 1953.

In der Sitzung vom 23. Juni 1954 verlieh man der Elise Damberger, Lindlau Nr. 11 („Maschin-Lies“), die Konzession zum Betrieb der Gast- und Schankwirtschaft. Ihr Vater, Mathias Damberger, hatte diese zurückgelegt. Die Gemeindevertreter stellten fest, dass weiterhin Bedarf an diesem Gasthaus bestand, erklärten aber, dass die vorhandenen Lokalitäten einer Renovierung bedürften.

Im Oktober 1954 erfolgte die Fertigstellung der Moosbachtalstraße. Baubeginn war im Dezember 1953. Die Straße hat eine Länge von 5,7 Kilometern und führt über Mauerkirchner, Moosbacher, Treubacher und Maria Schmollner Gemeindegebiet. 50 % der Kosten übernahm das Land. Die zweite Hälfte teilten sich die Gemeinden. Treubach musste für rund 19 % der Kosten aufkommen. Die feierliche Eröffnung im Beisein von Landeshauptmann-Stellvertreter Felix Kern fand am 31. Juli 1955 statt.

Am 6. Dezember 1954 gab der Bürgermeister bekannt, dass nach dem Hochwasser im Juli ca. 80 Zentner Mais an die



Früher galten Pferdefuhrwerke als gängigste Transportmittel

Treibacher Landwirte zur Verteilung gelangen werden.

Der Weg von der Moosbachtalstraße nach Teiseneck befand sich in einem derart trostlosen Zustand, so dass dieser neu angelegt werden musste. Die Aufteilung der Kosten erfolgte in der Sitzung vom 21. Februar 1955. Demnach übernahmen die Gemeinde 15 %, das Land 35 % und die Interessenten durch Hand- und Zugdienste 50 %.

In der Sitzung vom 15. Juli 1955 wird berichtet, dass sich für die Errichtung der Radlhamer Brücke eine Beitragsgemeinschaft gegründet hatte. Alle Anrainer, bis auf einen, halfen dabei mit. Diese Ange-

legenheit wurde der Bezirkshauptmannschaft zur Entscheidung vorgelegt.

Am 14. Jänner 1956 erfolgte die Festlegung der Sätze für Hand- und Zugdienste. Nämlich für:

Handdienst	
1 Person und Tag	25 Schilling
Zugdienst	
2 Pferde	75 Schilling
Zugdienst	
1 kleiner Traktor	150 Schilling
Zugdienst	
1 großer Traktor	200 Schilling

Weiters wurde in dieser Sitzung die Erneuerung des Kriegerdenkmals ange-

regt. Zu diesem Zweck kam es am 8. Juli 1956 zur Gründung eines Denkmal-Ausschusses, der die Errichtung noch im Jahre 1956 bewerkstelligen sollte.

Am 10. März 1956 kam die Errichtung einer Tiefkühlanlage in Untertreibach zur Sprache. Man einigte sich darauf, diese auf jenem Grund, auf dem sich bis 1930 das Armenhaus befunden hatte und der im Eigentum der Gemeinde war, zu errichten. Die Gemeinde überließ den Grund zum jährlichen Pacht von 50 Schilling.

Auf Mitteilung der Bezirkshauptmannschaft stellte man am 17. November 1956 fest, dass ein Lokalbedarf zur Beförderung von Milch und Milchprodukten mit Traktor durch Johann Aigner, Untertreibach Nr. 13, vorlag und die Konzession zu diesem Gewerbe ausgestellt werden sollte. Dies auch deshalb, weil Aigner schon seit Jahrzehnten das Rahmfahren besorgte.

In der Sitzung vom 19. Jänner 1957 teilte der Bürgermeister mit, dass beim Haus des Josef Prambauer in Obertreibach durch die Rohöl AG eine Tiefbohrung vorgenommen werden wird. Dazu musste eine neue Straße gebaut werden, die von der Rohöl AG finanziert wurde. Am 12. September 1957 berichtete der Bürgermeister, dass die RAG die Bohrung eingestellt hatte und der Platz planiert wurde.

In Hub erfolgte beim Gadringer durch die Firma Hütter in Altheim die Errichtung einer neuen Brücke. Dazu halfen



Mehrmals wurde in Treibach ein Pferdeschlittenrennen durchgeführt. Dieses Bild stammt aus dem Jahr 1959.

auch die Anrainer mit Robot-Diensten mit. Am 29. Mai 1957 stellte man in der Sitzung fest, dass diese Brücke nunmehr fast fertiggestellt worden ist.

Am 12. September 1957 gaben die Gemeindevertreter das Einverständnis, einen Güterweg bis zur Höhnharter Gemeindegrenze zu errichten, nachdem die Interessenten von Ascherdorf, Mitterdorf, Obertreibach und Himmelschlag damit einverstanden waren. Zum Bau der Güterwege in Treubach brachte der Bürgermeister in der Sitzung vom 6. Mai 1958 ein Schreiben der Landesbaudirektion zur Verlesung. In diesem wurde behauptet, dass keine Unterlagen vorlägen, und daher in diesem Jahr kein Landesbeitrag gewährt werden könnte. Darauf sprach er schließlich persönlich bei der Landesbaudirektion in Linz vor und konnte nachweisen, dass das Interessenverzeichnis schon seit Jahren dort auflag „und wurde dasselbe dann auch aus dem Keller geholt“.

In der Sitzung vom 29. April 1959 beschloss man den Ausbau der Wittigauer Gemeindestraße, nachdem das Land 50 % und die Interessenten 20 % der Kosten übernahmen.

Im Jahr 1961 erfolgte erstmals die Asphaltierung eines Straßenstückes in Treubach, nämlich die Ortsdurchfahrt in Untertreibach. In der Sitzung vom 19. Jänner 1961 einigte man sich mit 11 : 1 Stimmen, dass gleichzeitig auch eine Straßenbeleuchtung errichtet werden sollte. Dies dauerte jedoch noch einige Zeit. Zwar wurden 1961 noch die



Alte Ortsansicht von Treubach vom Schachanederberg aus

notwendigen Kabel verlegt, doch erst am 8. November 1962 konnte die Straßenbeleuchtung fertiggestellt und eingeschaltet werden. Dabei stellte sich heraus, dass auch bei den Häusern Nr. 11, 13 und 29 noch Masten errichtet werden sollten, deren Ankauf dann am 7. Dezember 1962 beschlossen wurde.

Auf Antrag von Bürgermeister-Stellvertreter Johann Kasinger wurde am 7. Jänner 1962 der Ortschaftsweg Weidenpoint – Radlham – Lindlau als Gemeindestraße übernommen. Ein Jahr später, am 14. November 1963, beschloss man den Ausbau dieser Straße, „nachdem die derzeitigen Straßenverhältnisse so schlecht sind, dass ein Befahren durch LKW's fast unmöglich ist“. Auch zu diesem Ausbau übernahm das Land 50 % der Kosten. In

dieser Sitzung teilte Bürgermeister Alois Bruckbauer auch mit, dass der 1959 begonnene Ausbau der Wittigauer Gemeindestraße nunmehr abgeschlossen ist.

Der Wirtschaftsweg Bruckbauer wurde staubfrei gemacht. Dazu leistete die Gemeinde gemeinsam mit den Anrainern einen Beitrag. Der Beschluss dazu erfolgte am 27. Dezember 1963.

Am 10. Jänner 1964 teilte der Bürgermeister mit, dass über sein Ersuchen das Bezirksbauamt Ried das Amtsgebäude besichtigt und eine Renovierung befürwortet habe. Von den geplanten Kosten von 305.000 Schilling konnte die Gemeinde jedoch nur 72.000 Schilling aufbringen. Der Restbetrag von 233.000 Schilling musste durch eine Bedarfs-



Im Jahr 1964 wurde in Treubach das Freibad errichtet

zuweisung des Landes erfolgen. Erst am 24. September 1964 konnte die Firma Hütter & Wagner in Altheim mit den Baumeisterarbeiten beauftragt werden. Die Vergabe der letzten Arbeiten zur Renovierung erfolgte am 1. Oktober 1965.

In der Sitzung vom 19. März 1964 wurde das Ansuchen der Interessenten des Ortschaftsweges Schalchen zum Ausbau eines Güterweges beim Land befürwortet. Weiters beschloss man, dass die Gemeinde in diesem Jahr einen „Straßenhobel“ anfordern werde, um die Straßen entsprechend auszubessern. Dabei mussten die Landwirte mithelfen. Jene, die mehr als 10 ha Grund besaßen, mussten einen ganzen, und jene, die weniger als 10 ha besaßen, einen halben Tag Handdienste leisten. Wenn einer dieser Anordnung

nicht nachkam, hatte er 120 Schilling in bar an das Gemeindeamt zu zahlen.

Am 10. April 1964 gab man die Zustimmung zum Ausbau der Aspacher Bezirksstraße. Dieser erfolgte zunächst auf Moosbacher Gemeindegebiet. Ein Stück, die sogenannte „Haslbauernkurve“, lag jedoch auf Treubacher Gebiet. 25 % der Kosten waren von der Gemeinde Treubach zu übernehmen. Am 4. Juni 1964 leistete die Gemeinde erneut einen 25%igen Zuschuss zur Asphaltierung des „Schachanederberges“. Im Jahr 1965 wurde die Aspacher Bezirksstraße auch auf Treubacher Gemeindegebiet ausgebaut und staubfrei gemacht. In der Sitzung vom 7. Mai 1965 beschloss man den üblichen Beitrag von 25 % zu übernehmen.

In dieser Zeit kam es auch zur Errichtung eines Sportplatzes sowie eines Bades. Am 10. April 1964 sprach man sich für die Pachtung eines Grundstückes von Ferdinand Bruckbauer aus. Für die Errichtung eines Bades konnte in dieser Sitzung noch keine Einigung erzielt werden. Erst am 4. Juni 1964 stimmten die Gemeindevertreter mit 9 : 2 Stimmen für den Badbau. In der Sitzung vom 19. November 1964 teilte der Bürgermeister mit, dass Oberbaurat Böhm von der Landesregierung die von Dipl.-Ing. Sturmayer geplante Sportanlage besichtigt habe und diese als 100%ig geglückt bezeichnet wurde. Er äußerte auch den Wunsch, dass sie 1965 fertiggestellt werde. Am 13. Oktober 1966 kam es zum Abschluss eines Pachtvertrages auf 99 Jahre. Als jedoch das Land für einen Kauf eintrat, beschloss man schließlich am 29. August 1967, den Sportplatz anzukaufen.

Zum Ausbau und Staubfreimachung der Güterwege Schalchen, Obertreibach und Teiseneck wurden am 24. September 1964 Gemeindebeiträge bewilligt. Die Arbeiten sollten 1965 beginnen. Der Bau verzögerte sich jedoch wegen der schwierigen finanziellen Situation der Gemeinde. So konnte mit dem Güterweg Schalchen erst 1968 begonnen werden. Die Fertigstellung des Güterweges Obertreibach erfolgte erst 1976.

Im Jahr 1966 kam es zu einer Umbenennung der Gemeindevertretung. Der bisherige Gemeindevorstand wurde in Gemeinderat umbenannt. Aus dem bisheri-

gen Gemeinderat wurde der Gemeindevorstand.

Die Bewohner der Ortschaften Hub, Pfendhub und Teiseneck brachten im Gemeinderat das Ansinnen vor, bei Josef Gadringer in Hub Nr. 15 eine „Privat-öffentliche Fernsprechstelle“ zu errichten. Waren diese Bewohner doch bis zu vier Kilometer vom nächsten Postamt und damit zum nächsten Telefon entfernt. Dazu hatte sich die Post- und Telegraphendirektion Linz bereit erklärt $\frac{1}{3}$ der Kosten zu übernehmen. Nachdem auch die Interessenten $\frac{1}{3}$ übernahmen, stimmte man am 27. Jänner 1967 zu, von Seiten der Gemeinde das restliche Drittel beizusteuern. Am 13. November 1970 berichtete jedoch der Bürgermeister, dass „die Verlegung der Telefonleitung in den Ortschaften Wittigau, Hub, Pfendhub und Teiseneck durchgeführt worden ist. Es hat sich jedoch mit der Zeit ergeben, dass die Bevölkerung der genannten Orte sich lieber ein Haustelefon einrichten ließen, weil dieses doch mehr Vorteile hat, als eine öffentliche Sprechstelle“.

Am 27. Jänner 1967 erfolgte der Beschluss zum Ausbau des Ortschaftsweges von Hub nach Radlham zur Aspacher Bezirksstraße als Güterweg. Mit dem Bau konnte jedoch erst im November 1967 begonnen werden.

Auf Wunsch der Treubacher Gewerbetreibenden wurde mit Sitzungsbeschluss vom 27. Jänner 1967 der Verlegung des Frauatages auf den ersten Sonntag nach dem 8. September zugestimmt. „Dieser Tag soll in wirtschaftlicher Hinsicht wie-



So zeigte sich die Ortseinfahrt nach Treubach bis zum Jahr 1974



Das ehemalige Gasthaus Zöpfel wurde 1973 abgetragen

fällt, der auf einer Länge von 1,2 km auf Treubacher Gemeindegebiet verläuft. Noch im selben Jahr sollte der Weg fertiggestellt sein.

Die Firma Wobit plante auf den „Feichenschlager-Gründen“ in Hub Nr. 13 die Errichtung einer Siedlung mit rund 40 Wochenendhäusern, einem kleinen Bad und einem Tennisplatz. Die Zustimmung zu diesem Projekt erfolgte am 30. Juli 1976. In der Sitzung vom 18. Juli 1977 stellte der Bürgermeister dazu fest, dass von Seiten des Landes immer noch keine Genehmigung zu diesem Projekt gegeben wurde. Am 8. Dezember 1978 berichtete der Bürgermeister, dass der neue Besitzer, Simon Klaushofer aus Faistenau, einige Häuser errichten will. Man stimmte zu, dass nicht mehr als fünf Häuser, einschließlich der bestehenden Wohnobjekte, errichtet werden durften. In der Sitzung vom 3. April 1981 genehmigte der Gemeinderat eine Abänderung des Bebauungsplanes Hub, damit konnten die Firstrichtungen der Häuser verändert werden. Weiters war es nunmehr auch möglich, neben den Wochenendhäusern auch ganzjährig bewohnte Häuser zu errichten.

Zu einer geringfügigen Veränderung des Gemeindegebietes kam es nach einem Plan der OÖ. Landesregierung, nachdem die Aspacher Bezirksstraße ausgebaut worden war. Zwischen dem Straßenkilometer 2,0 bis 3,4 kamen Flächen aus der KG Schalchen im Ausmaß von 747 m² von der Gemeinde Treubach zur Gemeinde Moosbach. Im Gegenzug erfolg-

te die Überstellung von 730 m² aus der KG Waasen von Moosbach nach Treubach. Das Treubacher Gemeindegebiet wurde damit um 17 m² verkleinert. Die Zustimmung dazu erfolgte in der Sitzung vom 21. Jänner 1977.

Am 15. April 1977 wurde der Neubau des Güterweges Lindlau beschlossen. Der Ausbau konnte im Jahr 1979 abgeschlossen werden. Im Frühjahr 1980 wurde beim Haus Radlham Nr. 12 eine neue Brücke erbaut. Die Staubfreimachung des Güterweges erfolgte im Herbst 1980.

In der Sitzung vom 18. Juli 1977 wurde ein Entwurf für ein Mehrzweckgebäude vorgelegt. Dieser sah im Erdgeschoß die Ordinationsräume für den Gemeinde-

arzt und eine Filiale der Raiffeisenkasse, im Obergeschoß Wohnungen und im Untergeschoß das Feuerwehrhaus sowie den Bauhof vor. Am 2. Mai 1978 wurden Pläne vorgelegt, in denen erstmals die Unterbringung des Gemeindeamtes im Mehrzweckgebäude vorgesehen war. Aus drei Entwürfen gab man am 29. Oktober 1978 jenem Entwurf der Architekten Dipl.-Ing. Gerhard und Dipl.-Ing. Jörg Bauböck in Ried die Zustimmung. Am 6. September 1979 wurden die Baumeisterarbeiten an Franz Wimmer aus Mauerkirchen vergeben. Die Eröffnungsfeier des Amtsgebäudes erfolgte am 11. Juli 1981.



Der Gemeinderat Treubach 1979–1985

Mit 12 : 1 Stimmen beschloss man am 16. Dezember 1977, in der Gemeinde Treubach die Müllabfuhr ab 1. März 1978 einzuführen.

Am 6. September 1979 beschloss man die Errichtung der Güterwege Weidenpoint und Teiseneck II. Erst im Herbst 1984 konnte der Güterweg Weidenpoint asphaltiert und mit den Arbeiten beim Güterweg Teiseneck II begonnen werden. Am 7. Juni 1985 wurden schließlich die Staubfreimachungsarbeiten für den Güterweg Teiseneck II vergeben.

Zu einer Premiere im Treubacher Gemeinderat kam es am 18. Jänner 1980. Erstmals nahm eine weibliche Gemeindevorteilerin am Sitzungstisch Platz. Hermine Mayerböck vertrat als Gemeinderats-Ersatzmitglied den verhinderten Georg Bruckbauer. Am 19. Oktober 1985 wurde Hermine Mayerböck schließlich als erste Frau der Gemeinde Treubach zum Gemeinderat gewählt.

Am 18. Juli 1980 gab der Bürgermeister bekannt, dass aufgrund der Unwetter-schäden vom Juni enorme Wiederinstandsetzungskosten an Straßen, Brücken und Bächen anfallen werden. „Es mussten bereits mehrere Straßen und Wege befahrbar gemacht werden. Dafür wurden bereits 2300 m³ Schotter benötigt. Die Brücke nach Schalchen wird von der Landesbaudirektion neu errichtet und soll bis 15. November 1980 wieder befahrbar sein.“

In der Sitzung vom 19. September 1980 berichtete der Bürgermeister, dass in

Radlham eine Autobushaltestelle errichtet werden müsse, da bisher der Bus auf der Straße stehen blieb. Die Gemeinde müsse für den notwendigen Grund und für den Ausbau der Haltebucht aufkommen. Die Realisierung sollte jedoch noch einige Zeit dauern. Weil noch immer keine Einigung erzielt werden konnte, unternahm man 1984 erneute Anstrengungen in dieser Angelegenheit. Am 29. Juni 1984 ist dann neben der Haltestelle in Radlham erstmals auch von einer solchen in Weidenpoint die Rede. In der Sitzung vom 10. Mai 1985 konnten die Grundablösen für die beiden Haltestellen vereinbart und schließlich am

15. August 1985 der Ausbau und die Staubfreimachung beschlossen werden.

Die Gemeinde Treubach bemühte sich auch um die Verleihung eines Gemeindegewappens. In der Sitzung vom 6. Februar 1981 nahm der Gemeinderat das von Maria und Roland Albustin vorgelegte und vom Landesarchiv empfohlene Motiv an. Am 3. April 1981 einigte man sich auf die Gemeindefarben „Rot-Weiß-Grün“ und stellte den Antrag um Verleihung des Wappens und der Farben an die Landesregierung. Die Genehmigung des Landes erging am 18. Mai 1981. Überreicht wurde die Urkunde anlässlich der Gemeindeamtseröffnung am 11. Juli 1981.



Zwischen 1979 und 1981 wurde das neue Amtsgebäude errichtet



Bild von der Eröffnung des Amtsgebäudes 1981

Am 3. April 1981 erfolgte der Beschluss zur Erweiterung des Friedhofes. Dazu sollte ein 1000 m² großes Grundstück angekauft werden. Doch man konnte sich mit den Grundbesitzern nicht einigen. So stellte der Gemeinderat am 27. Mai 1981 den Antrag auf Enteignung der Grundstückseigentümer und des Entschädigungsbetrages an die Besitzer von 100.000 Schilling. Ein weiteres 38 m² großes Grundstück wurde 1984 angekauft. Am 18. September 1984 konnte der Bürgermeister die von einem Techniker der Landesregierung angefertigte Skizze vorlegen. Darin sollte der Friedhof auf der Westseite erweitert werden. Ende November wurde mit dem Bau der Friedhofsmauer begonnen, der Vorplatz vor der Leichenhalle wurde vergrößert und

neu gepflastert. Im Laufe des Jahres 1985 konnte die Friedhofsfläche auf das passende Niveau angehoben, die Mauer verputzt und die Mauerkrone mit Tuffsteinen aufgesetzt werden.

Auf Anregung des Bürgermeisters beschloss man am 3. April 1981 die Errichtung eines Ortsbrunnens vor dem Gemeindeamt.

In der Sitzung vom 4. September 1981 berichtet der Bürgermeister, dass mit 1. Oktober 1981 Theresia Siglhuber als zweite Kanzleikraft im Gemeindeamt aufgenommen werde. Bisher erledigte der Sekretär die Arbeiten alleine. Weiters brachte der Bürgermeister zur Kenntnis, dass die Fischerhütte aus freiwilligen Leistungen errichtet wurde, was vor al-

lem auf die Initiative von OAR Ing. Alfred Hinterberger zurückzuführen war. Die Einrichtung müsse von der Gemeinde finanziert werden. Die Hütte sei Eigentum der Gemeinde. Sie könne daher als Aufenthaltsraum für die Feuerwehr, für die Vereine und sonstige Veranstaltungen verwendet werden. Der Gemeinderat legte die Benützungsgebühr mit 10 Schilling pro Person (mindestens jedoch 100 Schilling) fest.

Am 24. März 1982 trat die Gemeinde Treubach dem Wasserverband Ache bei. Dieser besteht aus 18 Gemeinden und den Wasserreferenten der Bezirkshauptmannschaften Ried und Braunau.

Bei der Sitzung vom 16. März 1984 berichtete der Bürgermeister, dass die Teichanlage saniert werden müsse. Die an den Seitenwänden verlegten Steine sollten mit Beton ausgegossen und der Boden ebenfalls mit Steinen ausgelegt und mit Beton ausgegossen werden.

Am 24. August 1984 sprach man sich dafür aus, dass die Siedlungsstraße in



Der Dorfbrunnen vor dem Gemeindeamt

Untertreibach bis zum Haus Nr. 45 asphaltiert werden soll.

In der Sitzung vom 14. Dezember 1984 wurde ein Brief der 3. Schulstufe vorgelesen, in dem der Zustand und die Pflege des Schwimmbades und des Sportplatzes kritisiert wurden. Daraufhin beschloss man, das Bad und vor allem die Badehütte zu reparieren und danach zu trachten, dass die Benützung der Anlage im Sommer durchgehend möglich sei.

Der Vorschlag des Bezirksbauamtes, beim Schulgebäude eine Sauna einzurichten, fand am 10. Mai 1985 die volle Zustimmung. Der Beschluss zum Einbau der Sauna erfolgte am 23. September 1985. Nachdem die Sauna noch im November in Betrieb ging, erließ man am 30. Jänner 1986 eine Saunaordnung.

In der Sitzung vom 15. August 1985 einigte man sich darauf, dass 1986 die Verbreiterung des Güterweges Teiseneck I erfolgen sollte. In den folgenden 15 Jahren wurden dann auch die Güterwege Schalchen, Obertreibach, Radlham, Lindlau und Weidenpoint umfangreich saniert.

Der Bürgermeister berichtete am 22. Juli 1988, dass der Ortschaftsweg Ötzbauer bis zum Dambach in Schotter fertig ausgebaut und in den nächsten Wochen die Staubfreimachung dieses Teilstückes vorgesehen war. Im kommenden Jahr sollte mit dem Ausbau des zweiten Teilstückes begonnen werden. Am 22. März 1991 wird berichtet, dass der ausgebaut Weg neu vermessen worden ist. Der ursprüng-



Im Jahr 1989 wurde in Untertreibach ein Gehsteig errichtet

liche Weg bildete die Grenze zwischen den beiden Katastralgemeinden Obertreibach und Schalchen. So beschloss man, dass auch der neue Weg weiterhin den Grenzverlauf markieren soll. Dies hat zur Folge, dass nunmehr die KG Obertreibach um 587 m² kleiner und die KG Schalchen im selben Flächenmaß größer ist.

Am 30. Jänner 1986 teilte der Bürgermeister mit, dass ein Splittstreuer angekauft worden ist. Die Übernahme der Streuung durch die Gemeinde auch auf Bezirksstraßen war für den Winter 1986/87 beabsichtigt.

Am 7. Mai 1986 beschloss man einen Flächenwidmungsplan aufzulegen und das

Verfahren einzuleiten. Am 5. Juli 1991 wird schließlich der ergänzte Flächenwidmungsplan genehmigt.

In der Sitzung vom 21. August 1986 wurden die Errichtung eines Gehsteiges in Untertreibach sowie die Erneuerung der Straßenbeleuchtung beschlossen. So konnten zwischen 1988 und 1991 entlang der Treubacher Bezirksstraße, der Aspacher Bezirksstraße sowie der Wittigauer Gemeindefraße Gehsteige gebaut werden. Gleichzeitig wurde die Straßenbeleuchtung erneuert. Die Peitschenmasten wurden durch Kandelabermasten ersetzt.

Zur Vereinfachung der Verwaltung beschloss man am 10. Juli 1987 den An-

schluss des Meldewesen sowie der Lohnverrechnung an die zentrale Verwaltungsstelle Gemdat. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich aus dem Bezirk 35 der 46 Gemeinden an die Gemdat angeschlossen. Am 22. Juli 1988 beschloss man mit 12:1 Stimme auch die Umstellung der Buchhaltung auf EDV und den Anschluss an die Gemdat mit 1. Jänner 1989.

In den Jahren von 1987 bis 1992 wurden in den Ortschaften Himmelschlag, Teiseneck, Lindlau, Schalchen, Radlham, Untertreibach, Hub, Schalchen (II), Wimholz, Mitterdorf, Schalchen (III) Wittigau und Untertreibach (II) jeweils Löschwasserbehälter mit 50m³ Inhalt errichtet.

In der Sitzung vom 6. Juli 1989 beschloss man zur Errichtung eines Bauhofes ein Projekt zu erstellen. Als Standort wurde der südliche Teil des Trainingsplatzes ausgewählt. Am 16. März 1990 wird dann als neuer Standort der nördliche Teil des Trainingsplatzes vorgeschlagen. Am 5. Juni 1992 erfolgte die Vergabe der Arbeiten. Mit den Baumeisterarbeiten wurden die Firmen Wimmer und Buchner-Bau beauftragt. Die Eröffnung des Bauhofes fand am 28. August 1993 statt.

Am 11. September 1989 wurde der Ankauf eines Traktors mit Zusatzausrüstung für kommunale Zwecke beschlossen. In der Sitzung vom 16. März 1990 wird mitgeteilt, dass ein Kommunaltraktor und ein Rasentraktor in Nachbargemeinden besichtigt worden sind. Weiters wird der Ankauf eines Kippers vorgeschlagen. Dieser Ankauf konnte jedoch erst am



Der Treubacher Gemeinderat 1991–1997

5. Juni 1992 beschlossen werden. Der Maschinenpark wurde weiter ausgebaut. So erfolgte am 28. Oktober 1992 der Ankauf einer Kehrmaschine und am 24. September 1993 jener eines Splitt-Streugerätes. Nachdem im November 1995 der bisherige private Schneeräumer den Vertrag kündigte, beschloss man am 28. November 1995, rasch einen gebrauchten Schneepflug anzukaufen, um anschließend von Seiten der Gemeinde die Räumung durchzuführen. Außerdem sollte im folgenden Jahr ein neuer Schneepflug gekauft werden.

Mit 17. August 1990 tritt die Gemeinde Treubach dem Bezirks-Abfallverband bei.

Am 2. Mai 1991 kam es zwecks Errichtung einer Kanalisation und einer Klär-

anlage zu einem Informationsgespräch mit DI Hitzfelder und DI Fenzl. In der Sitzung vom 27. März 1992 wird eine Aufnahme in den Reinhaltverband Altheim erwogen. Am 12. August 1993 beauftragt man das Architekturbüro Hitzfelder in Vöcklabruck mit der Projektierung der Kanalisation. Am 24. Juni 1994 unterrichtete der Bürgermeister die Gemeinderäte darüber, dass im Einvernehmen mit Franz und Renate Dachs der Bau einer eigenen Kläranlage als die bessere Lösung angenommen werde. Auch beim Land wurde diese Meinung vertreten. In der Sitzung vom 18. August 1994 beschloss man die Finanzierungspläne mit einem Gemeindeanteil von 18,5 Millionen Schilling. Am 7. Februar 1996 stellten die DI Knoll und Peratho-



Der Bauhof wurde im Jahr 1993 eröffnet

ner das Kläranlagen- und Kanalprojekt vor. Die Kanäle sollten nicht unter den Straßen, sondern auf Privatgrund verlegt werden. Im September 1997 konnten die Professionistenarbeiten vergeben werden. Gleichzeitig wurde ein Abkommen mit der Firma Dachs Fleischveredelung KG zum gemeinsamen Bau und Betrieb der Kläranlage unterzeichnet. So wurde die Abwasserreinigungs Ges.m.b.H. gegründet, die aus den Gesellschaftern Franz und Renate Dachs sowie der Gemeinde Treubach besteht. Am 19. Dezember 1997 berichtete der Bürgermeister, dass die Kläranlage bis Mitte Jänner 1998 und das erste Teilstück des Kanals bis zum Schlachthof Dachs fertiggestellt und betriebsbereit sein wird. Ein Weiterbau des Kanals bis zur Ortschaft Wittigau

und bis zum Haus Ursprung Nr.2 wurde beschlossen. Am 23. Jänner 1998 wird eine Kanalgebührenordnung erlassen. Dem Ansuchen der Gemeinde Roßbach um Anschluss der Ortschaft Schiefleck und der Liegenschaft Ursprung Nr.2 gab man am 18. Juni 1998 statt. Dieser war ohnehin im Projekt berücksichtigt worden. Am 21. August 1998 berichtete der Bürgermeister, dass die Kanalisationsarbeiten gut voran gehen und vor der Fertigstellung stünden. Die Kläranlage wurde zu Anfang des Jahres in Betrieb genommen.

Am 16. August 1991 einigte man sich darauf, den Ausbau der Ortschaftswege Matt und Radlham in Schotter in diesem



Im Jahr 1998 erfolgte die Kanalisierung des Ortskernes von Treubach

Jahr durchzuführen. Im nächsten Jahr sollte die Staubfreimachung erfolgen.

Das Kommando der Feuerwehr Treubach trat bereits mehrmals mit der Bitte um Vergrößerung des Parkplatzes beim Gemeindeamt an die Gemeinde heran. Weiters sollte auch ein Zugang für Behinderte geschaffen werden. Am 21. November 1991 kam man überein, dass sich als Parkplatz die Grünanlage an der Ostseite des Amtsgebäudes anbieten würde. Weiters nahm man das Angebot der Ehegatten Epner an, ihnen ein Grundstück im Ausmaß von ca. 150 m² zur Errichtung eines Parkplatzes an der Wittigauer Gemeindestraße abzukaufen. Die beiden Parkplätze wurden noch 1991 in Schotter angelegt und 1993 asphaltiert.



Im Jahr 1995 wurde die Ausstellung „Der Münzfund von Treubach“ im Linzer Schlossmuseum eröffnet

Schon am 16. April 1993 wurde der Wunsch von der Siedlergemeinschaft Hub um Übernahme der Siedlungszufahrt in das öffentliche Gut an den Gemeinderat herangetragen. Dieser gab dem Ansuchen statt. Doch erst am 14. März 1997 konnte der Obmann der Gemeinschaft eine Unterschriftenliste dem Gemeinderat vorlegen, wodurch die Übernahme möglich war. Es wurde weiters festgestellt, dass bereits 16 Häuser errichtet wurden.

Am 16. April 1993 tritt die Gemeinde Treubach der Inn-Salzach-Euregio bei.

Zur Primizfeier des Treubacher Geistlichen Johann Hintermaier am 3. und 4. Juli 1993 stellte sich die Gemeinde mit einem Geschenk ein. Am 16. April 1993

beschloss man dazu einen Kelch anzukaufen.

In der Sitzung vom 8. Juli 1993 stimmte man dem Ankauf des im Boden der Pfarrkirche entdeckten Münzfundes zu. Am 17. Jänner 1995 erfolgte die Buchpräsentation und die Ausstellungseröffnung „Der Münzfund von Treubach“ im Linzer Schlossmuseum.

Am 24. Juni 1994 tritt die Gemeinde Treubach dem Maschinenring Aspach bei.

Der Frautag am 11. September 1994 wurde mit einem großen Umzug „Treubach einst und jetzt“ gefeiert.

Neben den beiden Gemeindeauszeichnungen „Ehrenbürgerschaft“ und „Ehrenring“ regte man die Schaffung eines „Ehrenzeichens der Gemeinde Treu-

bach“ an. In der Sitzung vom 24. Juni 1994 einigte man sich darauf, einen eigenen Ausschuss einzurichten, der die Richtlinien ausarbeiten sollte. Am 5. April 1995 wurden die vom Unterausschuss vorgelegten Richtlinien angenommen.

Am 26. Juli 1996 berichtete der Bürgermeister, dass der Ortschaftswegebau in diesem Jahr abgeschlossen worden ist. Nunmehr war der Neubau der Wittigauer Gemeindefstraße vordringlich. 1998 konnte mit dem Ausbau der Straße begonnen werden. In der Sitzung vom 31. März 2000 berichtete der Bürgermeister, dass die Wittigauer Straße um 0,5 Meter breiter gebaut wurde als ursprünglich vorgesehen. Um einen besseren Straßenverlauf zu erhalten, mussten auch an einigen Stellen die Kurven in großzügigerem Ausmaß ausgebaut bzw. verlegt werden.

In der Sitzung vom 23. August 1996 wurden die Verbreiterung der Aspacher Bezirksstraße und die Errichtung eines Gehsteiges im Ortsbereich Untertreubach durch den Ankauf des alten Schlachthauses der Ehegatten Dachs beschlossen. Im Frühjahr 1998 wurde das Gebäude abgerissen und das Projekt durchgeführt.

Nach aufgetretener unterschiedlicher Meinungen bezüglich der Abgabe von in der Schulküche zubereitetem Essen an Erwachsene beschloss man am 24. Oktober 1996 mit 11 : 2 Stimmen eine Auspeisung für Kinder, Lehrer und nach außen (z. B. Alleinstehende, Behinderte oder in Not geratene), soweit dies von der Köchin zubereitet werden könne.

Am 24. Oktober 1996 stimmt die Gemeinde Treubach als Haftungsgemeinde dem Verkauf der Sparkasse Mauerkirchen an die Allgemeine Sparkasse OÖ. zu. Die Gemeinde hatte einen Haftungsanteil von 4 %. Daraus resultierte ein Erlös von 2 Millionen Schilling zuzüglich einer Vereinsförderung von 80.000 Schilling. In der Sitzung vom 11. September 1997 kam man nach intensiven Beratungen überein, dass aus dem Erlös des Sparkassenverkaufs Baugrundstücke angekauft werden sollten. Die Gemeinde konnte über 40 % des Betrages frei verfügen. So beschloss man am 18. November 1997, drei Grundstücke im Ausmaß von 2667 m² von den Ehegatten Josef und Anna Baier, Untertreibach Nr. 11, zu kaufen. Am 19. Dezember 1997 berichtete Vizebürgermeister Kasinger, dass vom Objektivierungsausschuss die durch den Sparkassenverkauf zur Verfügung gestellten Vereinsförderungsgelder zu gleichen Teilen von je 10.000 Schilling an die Feuerwehren Pfendhub und Treubach sowie die Goldhaubengruppe, Prangerschützen, Theatergruppe, Fußballverein, Stocksport und Schiclub vergeben wurden.

Der Errichtung eines Beach-Volleyball-Platzes nordöstlich des Freibades wird am 22. November 1996 zugestimmt. Die Herstellung des Platzes erfolgte 1997.

Der Bürgermeister informierte am 22. November 1996 die Gemeinderäte, dass von den Eltern aus Pfendhub, Hub und Teiseneck der Wunsch geäußert wurde, einen Radunterstand für die



Beim Frauatag 1998 kam es zu einem Vergleichskampf zwischen dem ehemaligen Sprint-Europameister Andreas Berger und dem Motorrad-Staatsmeister Harald Danninger

Hauptschüler in Pfendhub zu errichten. Der Bau wurde so ausgeführt, dass neben den Rädern auch die Schüler selbst einen geschützten Unterstand haben. Der Grund wurde von den Ehegatten Erlinger kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Errichtung erfolgte durch die Bewohner der Umgebung in Eigenregie in Holzbauweise.

Zur Benützung des Turnsaales zu außerschulischen Zwecken wurden am 14. März 1997 eine Turnsaal-Ordnung sowie die einzuhebenden Gebühren beschlossen.

Am 11. Juli 1997 wird festgestellt, dass durch die im Vorjahr eingesetzte rege Bautätigkeit in Untertreibach die Errichtung einer Siedlungsstraße vorzunehmen sei (Staubfreimachung 2000). Der

Weiterbau des Wirtschaftsweges Schalchen war von der Agrarbezirksbehörde für Winter 1997/98 eingeplant. Am 18. Juni 1998 wird berichtet, dass im Straßenbauprogramm für dieses Jahr die Belagsanierung der Zufahrt Denk/Reiterer geplant ist, und im Zuge der Fertigstellung der Kläranlage sei auch diese Zufahrt staubfrei zu machen.

Der Bürgermeister weist in der Sitzung vom 27. März 1998 darauf hin, dass in den vergangenen Jahren sich ständig Kraftfahrzeuge auf die Fahrt entlang des Sportplatzes stellen. In diesem Zusammenhang wird mit 9 : 4 Stimmen die Aufstellung von Fahrverbotstafeln beschlossen.

Am 16. Juli 1998 berichtete der Bürgermeister, dass bei der am 24. und 25. Juni 1998 abgehaltenen Übung des Bundes-

heeres Schäden an Kreuzungen und Kanaldeckeln der Gemeindestraßen entstanden sind. Nach einer Begehung mit Hauptmann Koban vom Aufklärungsregiment 2 in Wals war von der Firma Leithäusl eine Kostenschätzung für die Sanierung der Straßen durchgeführt und dem Hauptmann übermittelt worden.

Zum Zweck der Verlegung der Erdgas-hochdruckleitung „PENTA WEST“ wurde am 21. August 1998 ein Gestattungsvertrag mit der OMV Wien abgeschlossen, da auch Gemeindestraßen und Ortschaftswege betroffen seien und somit der Gemeinde Schadenersatz zustehe.

Am 21. August 1998 wird mitgeteilt, dass die Grundablöseverhandlungen zum Ausbau der Moosbachtal-Bezirksstraße eingeleitet worden sind. Es werden rund 8000 m² Grund benötigt.

Die auf dem Spielplatz vorhandenen Geräte entsprachen nicht mehr den Sicherheitsbestimmungen und mussten entfernt werden. In der Sitzung vom 21. August 1998 beschloss man den Spielplatz neu auszugestalten, um den heutigen Anforderungen zu entsprechen. Die Einweihung des neuen Spielplatzes konnte am 7. Juli 2000 gefeiert werden.

In den Jahren 1999/2000 wurde mit kräftiger Mithilfe der Stockschützen die Mehrzweck- und Sportschützenhalle errichtet.

Am 13. Jänner 2000 beschloss man den Verkauf der gemeindeeigenen Grundstücksparzelle 1000/13, KG Schalchen, an die GWB Linz. Darauf sollte ein Haus mit sechs Wohnungen errichtet werden,



Im Jahr 2000 stellte die Gemeinde Treubach den Maibaum in der Landeshauptstadt Linz auf

die als Eigentums-, Mietkauf- und Mietwohnungen vergeben wurden. Die Wohnungen konnten 2002 bezogen werden.

Das Ortsentwicklungskonzept und der Flächenwidmungsplan wurden entsprechend der öffentlichen Vorstellungen sowie jener der Grundbesitzer und des Ortsplaners ergänzt. Am 31. März 2000 erfolgte die Einleitung des Vorverfahrens beim Land. Deren Stellungnahme wurde von Architekt DI Schwack in den Plan einbezogen und dieser am 5. Oktober 2000 öffentlich aufgelegt. Die Änderungswünsche stimmte man mit DI Scherhauser ab und am 7. Dezember 2000 konnten das Ortsentwicklungskonzept Nr. 1 und der Flächenwidmungsplan Nr. 2 beschlossen werden.

Die in Hub mit einem Kostenaufwand von rund 600.000 Schilling erbaute Klär-

anlage wird am 31. März 2000 von der Gemeinde mit 25.000 Schilling gefördert. Auch das Land hatte eine Subvention bereitgestellt.

Am 29. Juni 2000 beschloss man den Ankauf eines Computerprogramms für den amtlichen Kataster.

Magister Reindl stellte am 2. März 2001 die Lokale Agenda 21 vor. Man einigte sich darauf über dieses Thema die Bevölkerung zu befragen. Diese äußerte sich dazu positiv und so beschloss man am 10. August 2001 gemeinsam mit drei Nachbargemeinden die Agenda zu starten. Die Startveranstaltung erfolgte am 25. Jänner 2002.

Quellen:

*Sitzungsprotokolle ab 1881
Gemeindechronik ab 1981*